



11.11.2011

B7-0587/2011

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zum Gipfeltreffen EU-USA am 28. November 2011

**Elmar Brok, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Ioannis Kasoulides, Bernd Posselt, Mário David, Krzysztof Lisek, Ria Oomen-Ruijten, Gabriele Albertini, Elena Băsescu, Cristian Dan Preda, Laima Liucija Andrikiienė, Eduard Kukan, Salvatore Iacolino, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Marietta Giannakou, Sergio Paolo Francesco Silvestris, Francisco José Millán Mon**

im Namen der PPE-Fraktion

**B7-xxxx**

**Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gipfeltreffen EU-USA am  
28. November 2011**

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 110 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass zahlreiche globale Herausforderungen im Bereich Außenpolitik, Sicherheit, Entwicklung und Umwelt ein gemeinsames Handeln und eine transatlantische Zusammenarbeit erfordern; in der Erwägung, dass die aktuelle Wirtschaftskrise jedoch als derzeit wichtigste Herausforderung in den Vordergrund getreten ist, die es zu bewältigen gilt;
- B. in der Erwägung, dass die EU und die USA zusammen einen Anteil von 50% an der Weltwirtschaft haben, wobei ihrer Partnerschaft mit einem Wert von 4,28 Bio. Dollar die umfangreichsten, am stärksten integrierten und längsten wirtschaftlichen Beziehungen in der Welt zugrunde liegen und diese Partnerschaft einen wichtigen Motor für den wirtschaftlichen Wohlstand weltweit darstellt;
- C. in der Erwägung, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten die Stabilität und das Gedeihen unserer Volkswirtschaften und den Wohlstand unserer Bürger gefährdet und dass zur Bekämpfung dieser Krise eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten dringender geboten ist als je zuvor;

**Beschäftigung und Wachstum;**

1. begrüßt die Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens der G20 vom 3. bis 4. November 2011 in Cannes, insbesondere in Bezug auf den Aktionsplan für Wachstum und Beschäftigung, Reformen zur Stärkung des internationalen Währungssystems, weitergehende Anstrengungen in Bezug auf eine Finanzregulierung und Zusagen zur Förderung des multilateralen Handels und zur Vermeidung protektionistischer Maßnahmen; hält es für notwendig, dass auf dem Gipfel EU/USA beide Partner eine Führungsrolle bei der Erfüllung der Zusagen der G20 übernehmen;
2. fordert daher die Entscheidungsträger in der EU und den USA auf, eine gemeinsame transatlantische Initiative für Wachstum und Arbeitsplätze ins Leben zu rufen und einzuleiten, die auch einen Zeitplan für den Abbau der noch bestehenden nichttarifären Hindernisse für Handel und Investitionen und für die Einführung eines freien Handels mit Nullzollsätzen für gewerbliche Erzeugnisse enthält;
3. fordert die Kommission und die Regierung der USA auf, sich sowohl bilateral als auch multilateral zu verpflichten, den weltweiten Trend zum Protektionismus zu bekämpfen; fordert die EU und die USA auf, ein Frühwarnsystem zur Aufdeckung und Abschreckung von Protektionismus in bilateralen Beziehungen einzurichten; fordert den

Transatlantischen Wirtschaftsrat auf, auf eine bessere Abstimmung und eine gemeinsame Strategie bezüglich neuer Freihandelsabkommen mit dem Ziel der Standardisierung der entsprechenden Bestimmungen hinzuarbeiten; betont, dass dies angesichts der erheblichen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Entwicklungsagenda von Doha (DDA) besonders wichtig ist;

4. fordert die EU und die USA auf, die bestehenden Kooperationsverfahren im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrates weiter zu entwickeln, wodurch die gemeinsame Arbeit in einigen Bereichen, insbesondere Dialog über die Regulierung, Beseitigung von Zöllen, Beseitigung von ungerechtfertigten nichttarifären Handelshemmnissen und Einführung gemeinsamer technischer Standards zur Beseitigung technischer Hürden, um einen offenen und gerechten Handel zu gewährleisten, intensiviert werden sollte;
5. betont, dass zur Verwirklichung dieser Ziele der Prozess des Transatlantischen Wirtschaftsrats gestärkt werden muss, insbesondere durch die Entwicklung gemeinsamer Standards für neue Regelungsbereiche wie die Nanotechnologie oder an Bedeutung gewinnende Wirtschaftssektoren wie die Elektrofahrzeugtechnologie;
6. erinnert daran, dass offene Beschaffungsmärkte, die für gleichberechtigten Zugang für die Anbieter, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, sorgen, für den transatlantischen Handel von großer Bedeutung sind; unterstreicht die Bedeutung des WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) für die Sicherstellung eines solchen offenen und ausgewogenen Zugangs zu beiden Märkten;
7. betont, dass die Zusammenarbeit in Bezug auf Ressourceneffizienz und Verabschiedung und Umsetzung eines gemeinsamen Fahrplans der EU und der USA für Rohstoffe mit Schwerpunkt seltene Erden ebenso wie Innovationen im Bereich der Förderung und Verwertung von Rohstoffen gefördert werden müssen;
8. unterstreicht, wie wichtig eine Zusammenarbeit bei der Förderung von Energieeffizienz, erneuerbaren Energieträgern und weltweit hohen Standards im Bereich der nuklearen Sicherheit ist, und begrüßt die Anstrengungen zur weiteren Koordinierung der Programme zur Kennzeichnung von energiesparenden Bürogeräten und zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Energietechnologien (neue „Energy Star“-Übereinkunft zwischen der EU und den USA);
9. fordert die Kommission auf, die Verhandlungen mit den USA im Bereich der Produktsicherheit voranzutreiben, und begrüßt die Einführung einer Rechtsgrundlage für den US-amerikanischen Ausschuss für die Verbrauchsgütersicherheit zur Aushandlung eines Abkommens mit der EU, das den Informationsaustausch über gefährliche Produkte, Verletzungen und sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den USA ergriffenen Abhilfemaßnahmen verbessern sollte;

#### **Außenpolitik, Freiheit und Sicherheit**

10. betont, wie wichtig es ist, dass die EU und die USA dieses Gipfeltreffen dazu nutzen, die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zu stärken, wie es die gegenwärtige Wirtschaftskrise, der Klimawandel, Entwicklung und Energiesicherheit sowie regionale Konflikte und

Sicherheitsrisiken wie Terrorismus, die Verbreitung von Atomwaffen und das organisierte Verbrechen sind,

11. erkennt an, dass alle Passagier- und Güterströme auf dem transatlantischen Markt durch geeignete und verhältnismäßige Sicherheitsmaßnahmen gesichert werden sollten;
12. fordert die Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang auf, von weitreichenden allgemeinen Restriktionen wie dem lückenlosen Scannen sämtlicher Frachtcontainer oder dem Verbot von Flüssigkeiten an Bord von Flugzeugen Abstand zu nehmen und stattdessen gezieltere und risikogestützte Konzepte wie Regelungen für „zuverlässige Unternehmen“ und das Scannen von Flüssigkeiten zu verfolgen;
13. begrüßt in diesem Zusammenhang, dass im März 2011 Verhandlungen über das Abkommen zwischen der EU und den USA über den Schutz personenbezogener Daten aufgenommen wurden, und unterstreicht, dass das geplante PNR-Abkommen zwischen der EU und den USA mit den vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung vom 5. Mai 2010 zum Start der Verhandlungen über Abkommen über Fluggastdatensätze in Einklang stehen sollte;
14. bekräftigt erneut, dass die EU gegenüber den Vereinigten Staaten auf politischer und technischer Ebene weiterhin deutlich machen muss, welche Bedeutung sie dem möglichst baldigen Zugang der vier verbleibenden EU-Mitgliedstaaten zu dem Programm für eine visafreie Einreise beimisst;
15. unterstreicht die Notwendigkeit, den Schutz der Integrität des weltweiten Internets und der Kommunikationsfreiheit zu gewährleisten, indem von einseitigen Maßnahmen zum Entzug von IP-Adressen oder Domännennamen abgesehen wird;
16. erinnert daran, dass die beste Garantie für weltweite Sicherheit in der Entwicklung freier und offener Demokratien besteht, die sich für Frieden und Stabilität einsetzen, und fordert die EU und die USA daher auf, weiter den Frieden zu fördern, insbesondere im Nahen Osten, und die jungen Demokratien in Nordafrika zu unterstützen;
17. fordert die USA und die EU auf, sich in einer abgestimmten Vorgehensweise nach Kräften darum zu bemühen, Israel und Palästina von der Dringlichkeit der Fortsetzung der Friedensverhandlungen zu überzeugen; unterstreicht, dass die Verhandlungen zu einer Zwei-Staaten-Lösung mit einem sicheren Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen Staat Palästina, die beide Seite an Seite in sicheren und international anerkannten Grenzen im Einklang mit den maßgeblichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats leben, führen sollten; fordert beide Parteien auf, sich jeglicher Schritte zu enthalten, die die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Lösung verschlechtern könnten;
18. betont, dass die EU und die USA gemeinsam 90% der weltweiten Entwicklungshilfe im Gesundheitsbereich und 80 % der gesamten Hilfe verwalten; begrüßt die Wiederbelebung des EU-US-Entwicklungsdialogs im September 2011, weil nur noch fünf Jahre bleiben, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen;
19. hebt hervor, dass das Gipfeltreffen auch zu einem Meinungsaustausch und einer verbesserten Abstimmung in Bezug auf Drittstaaten, insbesondere die BRIC-Länder,

genutzt werden sollte,

20. fordert das Gipfeltreffen EU-USA auf, bei der Erörterung von Wirtschaftsthemen auch Themen wie Klimaschutz, Ressourcenknappheit und -effizienz, Energiesicherheit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen; bekräftigt erneut, dass international abgestimmte Maßnahmen dazu beitragen, die Anliegen von betroffenen (vor allem energieintensiven) Sektoren in Bezug auf die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen in Angriff zu nehmen;
21. betont, dass der Klimawandel ein weltweites Anliegen ist, und fordert die Kommission auf, auf ein ehrgeiziges Engagement der USA im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz in Durban hinzuwirken; ist daher besorgt über das vor kurzem vom amerikanischen Repräsentantenhaus angenommene Gesetz 2594, in dem ein Verbot der Beteiligung US-amerikanischer Fluglinien am Emissionshandelssystem der Europäischen Union gefordert wird; ersucht den US-Senat, dieses Gesetz nicht anzunehmen, und ruft zu einem konstruktiven Dialog über dieses Thema auf;
22. fordert ein Abkommen zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen für CO<sub>2</sub>-intensive Industriezweige und fordert die EU auf, ihre internationalen Partner einschließlich Chinas und der USA davon zu überzeugen, dass Emissionsreduzierungen ohne negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungslage insbesondere bei einem gemeinsamen Vorgehen möglich sind;
23. berücksichtigt, die konkreten Vorschläge von Ausschüssen des Europäischen Parlaments und ersucht die Delegation des Europäischen Parlaments im Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber, diese Vorschläge aufzugreifen;
24. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem US-Kongress, den Ko-Vorsitzenden des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber sowie den Ko-Vorsitzenden und dem Sekretariat des Transatlantischen Wirtschaftsrats zu übermitteln.